

FRAGE

Nach gescheiterten Tests des Corona-Impfstoffs des Tübinger Herstellers Curevac ist dessen Aktienkurs um die Hälfte eingebrochen. Der Staat hatte 2020 eine 16-prozentige Beteiligung für 300 Millionen Euro an Curevac aus industriepolitischen Gründen erworben, um Curevac im internationalen Wettbewerb zu fördern.

War es ein Fehler, sich (nur) an einem Impfstoffhersteller zu beteiligen?

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Ja.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Nein. Noch ist nichts verloren.

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Hinterher weiß man, ob der Kauf einer Option sinnvoll war!

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Es war eher der Fehler, sich überhaupt zu beteiligen.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Der Staat muss sich hier mit Aktienkäufen gar nicht beteiligen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Grundsätzlich sollte der Staat das Innovationsgeschehen dem Markt überlassen. Im vorliegenden Fall einer Pandemie gab es aber das gesellschaftliche überragende Interesse an einer schnellen Impfstoffentwicklung und dessen zeitnaher Produktion. Insofern war der Einstieg zu zögerlich, ex post auch noch von wenig Fortune begleitet und die Produktionskapazitäten für den letztlich erfolgreichen Impfstoff konnten nur so langsam aufgebaut werden, dass das Virus mittlerweile gefährlich weitermutieren konnte.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ja.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Es war ein irrationaler Schnellschuss von in Panik geratenen Dilettanten



Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es ist grundsätzlich falsch, Staatsbeteiligungen einzugehen. Der Staat ist immer ein schlechter Unternehmer. Das hat sich hier wieder einmal gezeigt.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Es wäre sinnvoll gewesen, sich angesichts des hohen Risikos an mehreren Impfstoffherstellern zu beteiligen.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Ja. Wenn der Staat mit Geld nachhilft, sollte er auch in den Erfolgsfällen am Gewinn partizipieren.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Für die Entwicklung eines weiteren Impfstoffes war es unnötig, für den Erhalt unserer Rest-Marktwirtschaft eher falsch.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass Risikokapital zur Verfügung gestellt wird. Ob dies hingegen über eine Beteiligung erfolgen soll, bleibt fraglich. D

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Nein. Biontech hatte einen starken Partner. An wem hätte man sich sonst beteiligen sollen?

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

ja

FRAGE

Ihr Kommentar zu Unternehmensbeteiligungen des Bundes:

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Der Staat sollte in strategisch wichtigen Unternehmen als passiver Investor einsteigen, wenn es keine marktwirtschaftliche Lösung gibt.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Bei einigen Beteiligungen ist der Bund nach mittelfristig als Stabilisator notwendig (BER, Luft-hansa);

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Jegliches Engagement des Bundes sollte mit klaren inhaltlichen Zielen verknüpft werden und zeitlich begrenzt werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Der Staat sollte sich grundsätzlich nicht an Unternehmen beteiligen. Seine Kader, insb. die Bürokraten des Wirtschaftsministeriums, können solche Beteiligungen weder einschätzen, noch managen; darum Finger Weg statt Geld der Steuerzahler weg.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es sind Mechanismen zur Geldverbrennung.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

In Bezug auf die sozial-ökologische Transformation muss der Bund handlungsfähig sein. Welche Beteiligungen dazu nützlich sein könnten, ist heute nicht klar erkennbar.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die geopolitische, d.h. macht- und sanktionsorientierte Orientierung der EU sowie Deutschlands (Merkel) und Frankreichs mit seinen militär- und industriestrategischen Staatsbeteiligungen forcieren den Kauf von Unternehmensbeteiligungen.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Staatliche Beteiligungen bevorzugen einzelne Unternehmen. Es kommt zu einem Markteingriff. Der Staat sollte vielmehr dafür sorgen, dass Risikokapital zur Verfügung gestellt wird. Dazu kann die öffentliche Hand Anreize geben oder auch Mittel über die KfW freigeben.



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Zum Glück sind sie so schon lange sehr begrenzt. Stattdessen sollte man die Unternehmensbeteiligungen der Länder und Kommunen thematisieren. Die sprengen oft jedes vernünftige Maß. Einzig und allein kommunale Wohnungsunternehmen sind in einem gewissen Umfang wünschenswert.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

wenn Beteiligung der Schaffung eines öffentlichen Gutes dient, kann dies sinnvoll sein

FRAGE

Von welchen Beteiligungen (jeweils Beteiligung in Prozent, sortiert nach Anteilshöhe) sollte der Bund sich in erster Linie zurückziehen?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

An allen genannten Unternehmen sollte der Staat beteiligt bleiben.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Gegebenenfalls können Auflagen erteilt werden, etwa eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die Begründung in den vorliegenden Fällen ist ja meist historischer Natur und ermangelt einer expliziten (ordnungs-) politischen Begründung. Infrastrukturen sind aufgrund der Externalitäten grundsätzlich eine gute Begründung, nur stellt sich dann die Frage, wieso die Anteilshöhe in allen Fällen (zum Teil deutlich) unter einem Drittel liegt.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

An (system)relevanten Unternehmen, die im Aufbau oder in einer Krisensituation sind, sollte der Staat sich durchaus (ggfs. vorübergehend!) beteiligen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Weg mit Schaden, denn der Staat sollte nicht spekulieren.

FRAGE

Die Europäische Zentralbank hat erstmals seit 2003 ihre Strategie überarbeitet und insbesondere das Ziel der Geldwertstabilität angepasst. Angestrebt wird nun ein symmetrisches Ziel einer Preissteigerungsrate von zwei Prozent (gemessen nach HCPI) statt dem bisherigen asymmetrischen Ziel "nahe, aber unter zwei Prozent".

Inwiefern erwarten Sie eine Änderung der EZB-Politik in der Praxis?

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Die EZB sucht nach einer Rechtfertigung für ein Inflationsziel, wofür es in den Verträgen keine Rechtsgrundlage gibt.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Geldpolitik wird lockerer und toleranter. Das dient dem „Weginflationieren“ von Schulden.

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein weitergehendes Mandat zur längerfristig sinnlosen "Neuen Monetären Theorie", die nur seit Jahrzehnten fehlenden Reformwillen oder -unfähigkeit einiger EU-Staaten verkleistert. Wann folgt dann als "Inflations"-Ziel 5 % p.a.?

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Mit der veränderten Zielstellung wird eine Normalisierung der Geldpolitik der EZB noch schwieriger. Die lockere Geldpolitik wird so wohl noch länger anhalten als bisher immer gedacht.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die EZB bekommt etwas mehr Spielraum; aber wenn die Inflation nach Auslaufen der zahlreichen Sonderfaktoren sich wieder in Richtung des Vorkrisenniveaus bewegt, spielt die geänderte Strategie keine wesentliche Rolle.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Es ist ein weiterer kleiner Baustein, um die Exit-Strategie weiter hinauszuzögern.

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

noch expansiver als eh schon

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Im Gegenteil, diese Zieländerung stellt schon fast einen Blankoscheck für weitere expansive Geldpolitik aus, selbst für den Fall, in dem die Kaufkraft bereits deutlich schwindet.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die EZB greift zunehmend in die Konjunkturpolitik ein.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Nach 12 Jahren unverantwortlicher und zugleich im Hinblick auf die Inflationssteuerung völlig versagender Geldpolitik erübrigt sich die Frage. Bedenklicher ist der Einstieg in die "grüne Geldpolitik", mit der sich die EZB explizit zur fiskalpolitischen Instanz macht.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Durch die Symmetrie des neuen Ziels kann die EZB künftig längere und höhere Zielüberschreitungen legitimieren als bisher. Damit verschafft sich die Mehrheit im EZB-Rat den Spielraum, den sie benötigt, um Liquiditätssicherung der hoch verschuldeten Euro-Staaten durch hohe Anleihekäufe auch nach Ende der Corona-Rezession fortzusetzen.

Prof. Dr. Horst Schellhaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die EZB wird noch stärker als bisher die Haushalte der unsoliden Staaten unterstützen.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Der niedrige Leitzins entwickelt keine große Wirkungen auf private Investitionen und damit auch nicht auf die Inflationsrate. Insofern ist es wohl nicht entscheidend, ob ein Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent oder genau zwei Prozent verfehlt wird. Die EZB kontrolliert das Preisniveau nicht. Solange die Löhne nicht stärker anziehen, ist eine höhere Inflationsrate nur denkbar, wenn der Ölpreis permanent anzieht.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die EZB wird politisch-abhängiger und "fiskalpolitischer".

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft , Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Im Prinzip hat der EZB-Rat nun auch formell den Weg für ein stärkeres bzw. längeres Überschießen der Inflationsrate über das Preisziel geebnet. In der aktuellen Situation - die Inflationsrate im Euro-Raum wird im zweiten Halbjahr aller Voraussicht nach über den 2%-Marke liegen - hat sich die EZB bessere Möglichkeiten für ein geldpolitisches "Stillhalten" gegeben. Die Geldpolitik wird daher zunächst extrem expansiv bleiben.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Anpassung ist zunächst theoretischer Natur. Erst einmal muss ein nachhaltiger Anstieg über 2% anstehen. Dies dürfte mittelfristig nicht der Fall sein. Es ist durchaus zulässig ein kurzzeitiges Überschreiten der 2% zu tolerieren. Einem nachhaltigen Anstieg über die Marke von 2% dürfte die EZB derweil mit einer strafferen Geldpolitik begegnen.



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

man hat die vorgeblichen Ziele ein Stück näher in Richtung auf die Realität dieser Politik geschoben

FRAGE

Ihr Kommentar zur Bundestagswahl/dem Bundestagswahlkampf:

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Die weitere Entwicklung der europäischen Union wird im Wahlkampf sträflich vernachlässigt, spielt jedoch für die Zukunft Deutschlands eine entscheidende Rolle.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wirklich überzeugen tut mich keiner der Genannten.

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Vielzahl der vermeintlich "guten Absichten" dominiert leider die Diskussion, und die Sachanalyse dazu fehlt weitestgehend! Folge: Niemand spricht über die Zeithorizonte für Sachprobleme oder gar Kosten für die Wähler.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Sehe keine erkennbaren Unterschiede in den Programmen der Großen und im bisherigen Wahlkampf nur Polemik und diskriminierende Hetze. Dies könnte bei den Wählern, die noch zur Wahl gehen, zur selben Entscheidung führen wie bei der letzten Wahl. Lindner würde diesmal aber gewiss willig in jede Regierungskoalition eintreten würde, die es gibt.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Aus steuerpolitischer Perspektive ist das größte Manko des Wahlkampfes, dass Steuern fast nur noch unter Verteilungsaspekten und kaum noch unter Anreizaspekten beurteilt werden. Steuern schädigen Arbeits- und Investitionsanreize - das gilt auch für Investitionen in die Klimaneutralität. Gerade eine ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik muss die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Blick behalten.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Wer auch immer die nächste Bundesregierung bildet: es wäre sinnvoll, über einen Green New Deal auf Bundesebene nachzudenken, der KonsumentInnen und den Unternehmen Planungssicherheit bietet.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Wir wählen das Parlament und keinen Kanzler-Kandidaten! Dann gibt es eine Koalition /wahrscheinlich CDU/CSU + SPD + FDP und einen Koalitionsvertrag . Da liegt die Antwort, nicht bei den Spitzen-Kandidaten der Parteien. "

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Walter Assenmacher Universitätsprofessor i.R., Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Duisburg-Essen:

nein

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Nein.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

zum Positiven

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

wenig

Prof. emeritus Dr. Wolfgang Ströbele Professor Emeritus, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Dies ist entscheidend von der CORONA-Lage abhängig + Rohstoffverfügbarkeiten (zu welchen Preisen?)

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Kaum. Lieferengpässe führen zu Produktionsverzögerungen, wodurch sich der Aufschwung etwas mehr in die zweite Jahreshälfte verschieben könnte

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Ja. Verbesserung.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Leicht verschlechtert durch die massiven Lieferprobleme für Halbleiter und viele Rohstoffe

Prof. Dr. Thiess Büttner Lehrstuhl für Finanzwissenschaften, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

sie ist positiver geworden

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

ja, zum positiven



Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
Es hellt sich weiter auf.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:
kaum

Prof. Dr. Tamás Bauer Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Vergleich und Transformation von Wirtschaftssystemen, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:
ja

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:
ja, verbessert

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:
nicht wesentlich, Entwicklung geht seitwärts

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:
hat sich verbessert

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:
wahlkampfbedingte aktionistische Klimaziele und -auflagen (einschl. Energiepreise) führen zu Unsicherheit und Investitionszurückhaltung.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:
ja

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
ja

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:
Nein.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:
ja. Der Aufschwung ist stärker als erwartet.

Prof. Dr. Norbert Berthold Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Julius-Maximilians-Universität Würzburg:
nein



Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

leicht

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Nein